

In der Senatssitzung am 25. April 2023 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport

20.04.2023

S 19

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 25.04.2023

„Turnhalle trotz freier Plätze - Unterbringung von Minderjährigen“ (Anfrage für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft)

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE hat für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft folgende Anfrage an den Senat gestellt:

„Wir fragen den Senat:

1. Wie viele freie Plätze gibt es aktuell in der Erstaufnahmeeinrichtung für unbegleitete minderjährige Geflüchtete (UMF) in der Steinsetzerstraße sowie im ehem. BAMF-Gebäude?
2. Seit wann wird die Sporthalle AirPortLab für welche Zielgruppen genutzt und wann soll die Notunterbringung dort enden?
3. Aus welchen Gründen werden unbegleitete minderjährige Geflüchtete (UMF) in der Notunterkunft Sporthalle AirPortLab untergebracht, obwohl es freie Plätze in der Erstaufnahmeeinrichtung für UMF und im ehemaligen BAMF-Gebäude gibt?“

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Zum Stichtag 18.04.2023 gab es in der Erstaufnahmeeinrichtung für unbegleitete minderjährige Ausländer:innen in der Steinsetzerstraße 59 freie Plätze, zuzüglich 21 freie Plätze im ehemaligen BAMF-Gebäude.

Zu Frage 2:

Die Sporthalle AirPortLab wird seit dem 15.12.2022 für die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern genutzt, für die die Zuständigkeit eines dritten kommunalen Jugendamtes vorliegt. Die Nutzung der Sporthalle soll spätestens zum 14.12.2023 beendet werden.

Zu Frage 3:

Die Sporthalle wurde durch die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport zu einem Zeitpunkt angemietet, als alle Einrichtungen der vorläufigen Inobhutnahme nach Paragraph 42a sowie der Inobhutnahme nach Paragraph 42 des Achten Sozialgesetzbuches in der Stadtgemeinde Bremen massiv überbelegt waren. Erfahrungsgemäß unterliegen die Zugänge geflüchteter junger Menschen starken jahreszeitlich bedingten Schwankungen. Ein deutlicher Anstieg der Zugangszahlen in den kommenden Monaten ist sehr wahrscheinlich. Eine vorzeitige Beendigung der Sporthallennutzung ist deshalb aktuell nicht beabsichtigt.

Das Konzept, unbegleitete minderjährige Ausländer, für die die Zuständigkeit eines anderen Jugendamtes besteht, an einem anderen Ort und durch einen anderen freien Träger zu betreuen, hat sich bewährt. Den jungen Menschen wird so deutlich, dass eine neue Phase in

ihrem Verfahren beginnt. Dabei werden sie durch den mit der Betreuung beauftragten freien Träger sehr intensiv und zielorientiert beraten.

Vor dem Hintergrund der aktuellen globalen Krisen gehen Expert:innen davon aus, dass die weltweiten Fluchtbewegungen in den kommenden Jahren anhalten und sich sogar noch verstärken werden. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport wird deshalb die Aufnahmekapazitäten in der Erstaufnahmeeinrichtung Steinsetzerstraße nachhaltig ausbauen.

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender-Prüfung

Keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen durch die Beantwortung dieser Anfrage. Soweit geschlechtsspezifische Sachverhalte berührt sind, wurden diese bei der Beantwortung berücksichtigt.

E. Beteiligung / Abstimmung

Nicht erforderlich.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport vom 20.04.2023 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.